

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszit 8 1/2 bis 3 Uhr
Verleger: Dorwärts-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207

Der Beschluß des Zentrums.

Streit über seine Bedeutung. — Ablehnung oder Verhandlungsbereitschaft?

Der Beschluß der Zentrumsfraktion, der den Vorstand beauftragt, den Herren Curtius und Stresemann die Bedenken der Partei gegen die geplante Kabinettsbildung darzulegen, wird nach der Meinung der „Germania“ zwei Folgen haben:

Es werde der Deutschen Volkspartei und ihrem Führer, Herrn Dr. Stresemann, nicht erspart werden können, zu der neuen Lage, die sich aus dem Beschluß des Zentrums ergebe, Stellung zu nehmen. Das Zentrumblatt verweist in diesem Zusammenhang auf die bekannte Rede Silberbergs und auf eine Erklärung des „Sozialdem. Pressebüros“, daß die Sozialdemokratie jederzeit zu Verhandlungen bereit sei. Daraus ist zu schließen, daß das Zentrum die Volkspartei noch einmal fragen will, wie sie sich zur Großen Koalition stellt.

Als zweite Folge des Zentrumsbeschlusses erwartet die „Germania“, daß Herr Curtius heute seinen Auftrag dem Reichspräsidenten zurückgeben werde.

Die demokratische Presse erblickt in dem Zentrumsbeschlusse eine Abgabe nicht nur an Curtius sondern an den Gedanken einer Rechtskoalition überhaupt. Sie macht darauf aufmerksam, daß der Vorstand beauftragt wird, nicht mit dem Fraktionsvorsitzenden der Volkspartei Scholz zu sprechen, was in diesem Fall das Uebliche gewesen wäre, sondern mit dem Parteivorsitzenden Stresemann. Sie sieht darin, wohl nicht mit Unrecht, eine beabsichtigte Demonstration gegen den berühmten Redner von Instanburg und Königsberg.

Ganz anders wird jedoch der Beschluß in der Rechtspresse aufgefaßt. Diese vertritt nach einheitlicher Direktive die Auffassung, daß die Tür zu Verhandlungen nach rechts nicht zugeschlagen sei. Wenn das Zentrum aufhebe und innenpolitische Bedenken habe, so könne man ja über sie reden und sie vielleicht zerstreuen. Diefelbe Auffassung wird in der Volkspartei vertreten. Daß der Beschluß, statt mit Scholz mit Stresemann zu sprechen, für den ersteren eine Brüstung bedeutet, findet auch die „Deutsche Tageszeitung“, sie meint aber, über Empfindlichkeiten müsse man in der gegenwärtigen schweren Gesamtlage hinwegkommen.

Interessant ist, wie sich die Rechtspresse zu dem Empfang der Gewerkschaften verhält. Der Hugenbergsche „Tag“ spricht mit trauriger Stirn von „weitgehenden Wünschen“, der „Total-Anzeiger“ von „rein auf Demagogie abgestimmten sozialpolitischen Forderungen“ der freien Gewerkschaften. Auch die „Kreuzzeitung“ kann einen kleinen Seufzer nicht unterdrücken:

Und die Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Arbeitnehmerverbände? Es ist doch recht bedauerlich, daß Dr. Curtius bei der Behandlung von Fragen, die alle Arbeitnehmerkreise angehen, Unterschiede macht und bestimmte Gruppen ausschaltet.

Das hätte Herrn Curtius zu seiner „Popularität“ in Arbeiterkreisen gerade noch gefehlt, daß er die Selben empfangen hätte!

Das Zentrum wird heute nachmittag den Herren Curtius und Stresemann seinen Beschluß mitteilen. Seine Vertreter werden ihn jedenfalls kommentieren, und von dem Kommentar wird es abhängen, ob Curtius weitere Verhandlungsversuche unternimmt oder ob er, wie die „Germania“ erwartet, seinen Auftrag an den Reichspräsidenten zurückgibt.

Was nach dem Scheitern der Mission des Herrn Curtius geschehen wird, ist noch durchaus ungewiß. Von rechts her versucht man den Reichspräsidenten dazu zu bewegen, daß er eine Regierung ernennen soll, die nach einem Mißtrauensvotum den Reichstag auflösen soll. Man spricht auch in diesem Zusammenhang von Plänen, mit dem Art. 48 zu regieren, gegen die sich die „Köln. Volkszeitung“ mit großer Schärfe wendet. Wir haben schon gesagt, daß Schwierigkeiten der parlamentarischen Regierungsbildung nach der Verfassung keine Handhabe zur Anwendung jenes Artikels bieten, seine Anwendung würde in diesem Falle einem Staatsstreich gleichzusetzen sein.

Es bliebe also nur die Auflösung des Reichstags, der die Sozialdemokratie mit voller Siegeszuversicht entgegensteht. Weil aber diese Siegeszuversicht sonst nirgends besteht, ist zu erwarten, daß man versuchen wird, auf anderen Wegen eine neue Regierung zu schaffen.

Persien von heute.

Die Anfänge der bürgerlichen Revolution.

Von Dr. Artashes Abeghian.

Wenn auch Persien als das einzige Land unter den Großmächten des Altertums seine Unabhängigkeit bis zur Gegenwart bewahrt hat, so ist diese in Wirklichkeit doch nur eine scheinbare gewesen. Seit Jahrzehnten ist es ein Kampfplatz des imperialistischen Ringens von England und Rußland. In der Tat steht auch die Geschichte Persiens der Jetztzeit unter dem Zeichen russisch-englischen Gegenjähres. Die Revolution von 1906 war ein Verzweiflungsakt persischer Patrioten, um ihr Land vor dem endgültigen Untergang zu bewahren und ihm seine Selbständigkeit zu erhalten. Nun verständigten sich aber die alten Rivalen in der Frage der Unterdrückung der persischen Freiheit und unterzeichneten den Vertrag von 1907, kraft dessen Persien in zwei Einflußsphären geteilt wurde: Nordpersien war nunmehr russisches, Südpersien hingegen britisches Einflußgebiet.

Nach dem Kriegsende begann der alte Wettkampf um Persien von neuem. Das bolschewistische Rußland hatte zwar formell auf alle zaristischen Vorrechte und Konzeptionen verzichtet, in Wirklichkeit aber ging es mit neuer Kraft und unter anderem Namen wieder daran, in Persien von neuem einzudringen. Auch England fuhr seinerseits fort, dort seine alten Positionen festzuhalten und sie noch mehr zu erweitern. Sowjetrußland sowohl als auch England schlossen nun 1921 mit Persien „Freundschaftsverträge“. Die Perser bemühten sich ihrerseits, die britisch-russischen Gegenjähre auszuweichen, um die Selbständigkeit des eigenen Landes zu festigen. Die vorhergehende Teheraner Regierung hatte nämlich 1919 mit England einen Vertrag abgeschlossen, der das alte Persien zu einem Vasallenlande machte. Der tatkräftige Risa Khan, ein ehemaliger Soldat, der an der Spitze der Truppen Ministerpräsident Persiens wurde, trug zur Befreiung des persischen Schicksals entschieden bei. Die politische und wirtschaftliche Erneuerung des Landes wurde aber in der Hauptfache durch innere national-persische und wirtschaftlich-fortschrittliche Kräfte zustande gebracht.

Neben den Fremdmächten hatten die zahlreichen persischen Feudalen (Khans) ungestört und ohne Kontrolle in den Provinzen unter den verschiedenartigen, größtenteils noch nomadischen Stämmen des Landes gewirtschaftet. Der asiatische Feudalismus herrschte in Persien in voller Kraft. Der Frondienst war dort — und ist es teilweise noch heute — das allgemein verbreitete Wirtschaftssystem. Jeder Khan regierte wie ein selbständiger kleiner König in „seinem“ Lande: mit eigenen bewaffneten Kräften, eigenen Befehlen und Gerichtsbarkeit, Steuersystem, ja oft auch mit eigener „Luftpolizei“. Kurzum, Persien lebte noch in seinem tiefen Mittelalter. Alles dieses abgeschafft zu haben, ist kein geringes Verdienst; und es kommt nicht zuletzt Risa Khan und seinen Anhängern zu.

Schon 1924 hatte Risa Khan beabsichtigt, die alte Kadsharen-Dynastie zu beseitigen und die republikanische Staatsform einzuführen. Dabei unterstützte ihn, außer den inneren fortschrittlichen Elementen, auch die britische Diplomatie. Dieser entgegen traten aber die russischen Bolschewisten. In Gemeinschaft mit den persischen Reaktionsären brachten sie die republikanischen Pläne Risa Khans zum Scheitern. Dieser schlug daher einen anderen Weg ein: am 31. Oktober 1925 vollzog er, durchaus im Einverständnis mit dem Reichsrat (dem Parlament) den Staatsstreich. Der seit Jahren im Ausland weilende und vom Volke tief verehrte Achmed Schah, der in Paris und an der Riviera seinen Vergnügungen gelebt hatte, wurde einmütig abgesetzt, die im Dezember einberufene Nationalversammlung wählte Risa Khan zum neuen Schah. Rostau fand sich mit den neuen Tatsachen ab. Seine und Londons Anerkennung des neuen Schahs erfolgte in Teheran gleichzeitig. Aber beide Mächte verschmähen keine Mittel, um die persische Regierung unter ihren Einfluß zu zwingen. Daß Persien heute nicht weniger als 45 Proz. seiner Einnahmen für die neugeschaffene, wenn auch nicht große Armee (35 000 Mann) aufwendet, daran tragen neben den persischen Militärkreisen und dem Schah selbst nicht zuletzt die russische und englische Diplomatie die Schuld.

Das wirtschaftliche Uebergewicht im heutigen Persien gehört doch England. Rußland hat vieles von seiner früheren Position eingebüßt. Während z. B. zur Vorkriegszeit 55 Proz. des persischen Außenhandels auf Rußland entfielen — in Nordpersien hatte es keinen Konkurrenten —, auf alle übrigen Länder aber zusammengekommen nur 45 Proz., darunter England mit 21 Proz., so ist das jetzige Verhältnis etwa umgekehrt. England beherrscht heute fast den persischen Markt. Etwa 70 Proz. der persischen Einfuhr deckt England. Sowjetrußland gibt sich allerdings Mühe, den früheren Zustand in Persien allmählich wieder zu erreichen, jedoch ohne großen Erfolg. Der deutsch-persische Handel macht verhältnismäßig gute Fortschritte; er hat den Vorkriegszustand beinahe wieder erreicht.

Innerhalb des Landes versucht die Regierung die früheren Eisenbahnpäne, wenigstens teilweise, zu verwirklichen. Die Nord- und Südpersien vom Kaspischen Meere bis zum Persischen Golf verbindende Linie ist schon in Angriff genommen. Sie soll durch das südperische Delgebiet gehen und auch die nordperischen Delquellen dem Weltmarkt erschließen. Dieses Projekt stammt von den Engländern und findet auch heute noch Londons Unterstützung. Damit würde

Kriegsgefahr in Amerika.

Abbruch der Beziehungen zu Mexiko? — Der Bolschewismus als Popanz.

New York, 13. Januar. (ZL.) Nach Meldungen aus Mexiko herrscht in dortigen diplomatischen Kreisen die Ansicht, daß noch in diesem Monat mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu rechnen sei. Diese Meinung sei der Niederschlag des Eindrucks, den die Beschwerden Coolidges und Kellogs in Mexiko gemacht hätten.

In einer Erklärung an die „Associated Press“ spricht der liberale Präsident von Nicaragua, Sacasa, von Rücktrittsabsichten, da dadurch vielleicht die Möglichkeit eines Krieges mit den übermächtigen Vereinigten Staaten verringert werde, wenn es auch sehr schon Tatsache sei, daß sich beide Länder in Kriegszustand befinden.

Wie jetzt bekannt wird, verurteilte Staatssekretär Kellogg in seiner Erklärung vor dem Auswärtigen Senatsauschuß den Eindruck zu erwecken, als ob ganz Mittelamerika unter bolschewistische Herrschaft gebracht werden solle und daß Calles auf den Bolschewismus in Nicaragua hinarbeite. Da Amerika völlig antisozialistisch eingestellt ist und keinen Unterschied zwischen Sozialismus und Bolschewismus macht, kann durch nichts besser die öffentliche Meinung beeinflusst werden als mit derartigen Schlagworten. Es läßt sich schon ein Nachlassen der Senatsopposition erkennen.

Die Zeitungen sind mit Greuelmeldungen aus Mexiko gefüllt. Man sagt, Mexiko sei in völliger Unordnung. In der Nähe von Mexiko-City hätten Amerikaner 142 angesehene Mexikaner von den Regierungstruppen aufgehängt gefunden.

Aufruhr in Mexiko.

Die Calles-Truppen Herr der Lage.

London, 13. Januar. (ZL.) Nach einer Reitermeldung aus Mexiko treffen trotz der gestrigen beruhigenden Erklärung des Generalkommandanten der Regierung Calles, General Alvarez, daß die revolutionäre Erhebung bedeutungslos sei, in immer zunehmendem Umfang Berichte über Aufstände, Schießereien und Hinrichtungen in verschiedenen Teilen der Republik in der Hauptstadt ein. Gestern morgen erließ Präsident Calles eine neue Erklärung, in der er dem katholischen Episkopat die Verantwortung für die Erhebungen unter dem Banner „Lang lebe Christus der König“ aufbürdet. In der Erklärung des Präsidenten Calles wird weiter behauptet, daß der katholische Episkopat in der Erkenntnis, daß die mexikanischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nach Neujahr sehr gespannt sein würden, die katholische Geistlichkeit angewiesen habe, eine möglichst große Anzahl von Leuten zum Aufstande gegen die mexikanische Regierung zu verleiten. Die Bundesregierung sei davon überzeugt, daß die Aufständischen auf Grund genauer Anweisungen seitens des Episkopats handelten. Auf die Propaganda der Priester, die blind fanatisch den Anweisungen des Episkopats gefolgt seien, seien die Auf-

stände in sechs verschiedenen Staaten zurückzuführen, bei denen 24 Soldaten der Bundestruppen und 75 katholische Aufständische den Tod gefunden hätten. Bei der Einnahme der Städte Cocula, Arandas und Tototlan im Staate Jalisco durch die Bundestruppen seien 26 Aufständische getötet.

Chinas Zollfreiheit.

Peking erhob selbständig die Zölle. — Die Zollautonomie angekündigt.

Peking, 13. Januar. (WZ.) Die Regierung hat drei Verordnungen erlassen, durch die ein allgemeiner Zuschlagszoll von 2 1/2 Proz. und für Luxusartikel ein weiterer Zuschlag von 5 Proz. eingeführt wird. Diese Zuschlagszölle sollen ab 1. Februar erhoben werden. Außerdem wird in den Verordnungen ausgesprochen, daß China vom 1. Januar 1929 an Zollautonomie erlangt.

Der Minister des Auswärtigen ist angewiesen worden, bei den Mächten auf eine baldige Wiedereröffnung der Zollkonferenz, offenbar zur Regelung der Frage dieser Zuschlagszölle, hinzuwirken. In einer weiteren Verordnung wird bestimmt, daß der Ertrag der erwähnten Zuschlagszölle erstens zur Ablösung der Binnenzölle, zweitens für Zwecke der inneren und äußeren Anleihen und drittens zum Ausbau der Verwaltung verwendet werden soll.

Die Vereinheitlichung der Tarife.

Die Verkehrsdeputation stimmt zu.

Die Verkehrsdeputation beschäftigte sich am 13. Januar morgens zum zweitenmal unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters mit den bekannten Vorschlägen für die Vereinheitlichung der Tarife und der Organisation der Berliner städtischen Verkehrsunternehmungen. Sie stimmte den Vorschlägen der Direktoren und Sachverständigen mit der Maßgabe zu, daß die Umkegelberechtigung auch auf den Omnibus zum Preise von 20 Pf. ausgedehnt werden soll. Ebenso billigte sie die Maßnahmen für die einheitliche Organisation und erteilte ihre Zustimmung zur Aufnahme einer Anleihe für Verkehrszwecke in Höhe von 90 Millionen Mark.

Während der Beratungen wurden auch die Bedingungen des amerikanischen Anleihevertrages der Hochbahn besprochen. Man sah in diesem kein Hindernis für den Abschluß der neuen Tarifvereinbarungen. Der Magistrat wird auf Grund der Vorschläge der Verkehrsdeputation am 14. Januar vormittags in einer außerordentlichen Sitzung die Vorlagen an die Stadtverordnetenversammlung verabschieden, so daß sie der nächsten Plenarsitzung am Donnerstag, den 20. Januar, bereits zur Entscheidung vorliegen werden.

England auch Nordpersien dem russischen Einfluß entziehen. Immerhin versuchen die Perser auch eigene Mittel aufzubringen. Die Einnahmen aus dem Zucker- und Teemonopol sind hierzu bestimmt worden. Auch die Kostbarkeiten des früheren Schahs und der abgesetzten Stammeshäupter gedenkt man hier zu verwenden. Im ganzen müßten etwa 50 Millionen Tomans (1 Toman = etwa 1 Dollar) aufgebracht werden.

Nicht bedeutungslos sind die Reformbestrebungen Persiens auf wirtschaftlichem Gebiet. In den letzten Jahren sind in Teheran und Täbris einige — wenn auch nur kleinere — Fabriken gegründet worden, die Textilwaren, Leder, Seife, Streichhölzer u. a. herstellen. Auch deutsche Fachleute tragen zu dieser Entwicklung bei. Die Teppichindustrie, die von alters her in Persien entwickelt ist, wird weiter ausgebaut. Die Hauptsache ist und bleibt die Ausbeutung der Bodenschätze. Die Produktion der an Mesopotamien grenzenden südpersischen Ölquellen betrug 1924/25 5 Millionen Tonnen und wird alljährlich größer. Schon jetzt steht das südpersische Ölgebiet an vierter Stelle der Weltproduktion. Das nordpersische Ölgebiet liegt in der Nachbarschaft der russischen Hauptstadt Batu, wird jedoch bis heute noch nicht ausgenutzt. Daran trägt die selbstsüchtige Politik englischer und amerikanischer Kapitalisten und nicht zuletzt die Moskauer Konkurrenz die Schuld. Immerhin ist der wirtschaftliche Aufschwung Persiens in der Zukunft im großen Maße von seinen Vorkriegsbedingungen abhängig. Die anderen Bodenschätze des Landes: Kohlen, Kupfer, Eisen, Manganerz, Nidel u. a. sind noch immer so gut wie unberührt. Die Rückständigkeit des Landes prägt sich vor allem in den Grundbesitzverhältnissen aus. Hier herrscht der Latifundienbesitz der Feudalzeit noch so gut wie unbeschränkt.

Persien erlebt eben den Uebergang vom Mittelalter in die Neuzeit. Das Land ist voll scharfer historischer Gegensätze. Die Bildung neuer sozialer Schichten hat eben erst begonnen. Das Handelskapital gewinnt an Einfluß. Das Bürgertum tritt als führende Klasse in den Vordergrund des wirtschaftlichen Lebens, seine Interessen fordern Beseitigung der mittelalterlichen Ordnung und die Beteiligung an Staatsangelegenheiten.

Landbund und Rechtsblock.

Ein volksparteilicher Kommentar zur Curtiuskandidatur.

Vor dem Schleswig-Holsteinischen Landbund sprach gestern, Mittwoch, der Landbundspräsident Hepp über das Programm des Reichslandbundes. Seine Rede, die sich auch mit den politischen Tagesfragen beschäftigte, gewinnt dadurch ein allgemeines Interesse, daß Hepp als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei ein Fraktionskollege des Kanzlerkandidaten Curtius ist. Nach der TL. führte Hepp u. a. aus:

Die deutsche Landwirtschaft habe sich immer als starker Träger des Staatsgedankens gefühlt. Die von verschiedenen Seiten unternommenen Versuche, einen Trennungsstrich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerenschaft in der Landwirtschaft zu ziehen, weist er mit Entschiedenheit zurück. Die Landwirtschaft sei gern bereit, über die Arbeitslosenversicherung zu verhandeln, die besonderen Verhältnisse in der Landwirtschaft müßten aber bei der Neuordnung berücksichtigt werden. Wenn die Landwirtschaft auch in den letzten Jahren eine starke Stellungung der Produktion und des Absatzes hätte herbeiführen können, so könne sie doch nicht des staatlichen Schutzes entbehren. Der Abschluß von Handelsverträgen und die Erhebung von Steuern und Zöllen sei Aufgabe des Staates. Die Wirtschaftspolitik, die den Wirtschaftskörper auseinanderreißt und einen Berufsstand auf Kosten des anderen zu fördern suche, sei falsch. Ein besonders wichtiges Kapitel sei die Frage der Abwanderung vom Lande nach den Städten und damit verbunden die Frage der Siedlungspolitik. Diese habe in den Grenzgebieten ganz besondere Bedeutung, da uns durch eine gesunde Siedlungspolitik unsere Grenzen erhalten bleiben.

Die Dichtera Akademie.

Wilhelm v. Scholz über ihre Aufgaben und Ziele.

Ein Vortragsabend, den „Der Bund, Vereinigung freier Akademiker E. B.“ einberufen hatte, beschäftigte sich mit dem neugegründeten Dichtera Akademie, deren Vorsitzender, Dr. Wilhelm v. Scholz, als erster Redner das Wort ergriff. Unter dem Titel „Die Bedeutung einer Akademie“ bemühte er sich, Aufgaben und Ziele der neugegründeten Dichtera Akademie klar zu umreißen. Die erste Aktion dieser Akademie, die auch in weiteren Kreisen mit lebhafter Anteilnahme verfolgt wurde, war ihr Protest gegen das Schmutz- und Schundgesetz, das Wilhelm von Scholz mit Recht eine wohlgezielte Schlinge gegen die Geistesfreiheit nannte. Der Protest, der leider bei den maßgebenden Stellen ungehört verhallte, zeichnet aber bereits einen Aufgabentypus der Akademie, die die Pflicht haben wird, sich mit allen Fragen der freien Geistesentwicklung zu befassen. Doch warnte der Redner mit Recht davor, nun die Dichtera Akademie so aufzufassen, als sei sie eine Institution, die sich der Reihe der Zweckverbände bei, vielleicht überordnen, die aber doch denselben Wirkungsbereich habe wie diese. Der Stoa kann mit der Schaffung der Akademie nicht die Absicht gehabt haben, die schon vorhandenen Vertretungen der Künstererschaft nur um eine weitere zu vermehren. Vielmehr muß die Akademie etwas grundsätzlich anderes sein als diese. Das ließ sich bereits erkennen aus ihrer Stellungnahme zum Schmutz- und Schundgesetz. Nicht die Person des einzelnen Schaffenden wollte sie schützen, sondern die Geistesfreiheit. Und das wird auch in Zukunft ihre Aufgabe sein: nicht die Schreibenden zu vertreten, sondern das Schrifttum.

Einen Teil der Bedeutung der Akademie sieht ihr Vorsitzender bereits in ihrem bloßen Vorhandensein, in der Tatsache der staatlichen Ehrung der Dichterkunst, der damit gewissermaßen das Lebensrecht nach außen hin dokumentiert wurde. Vielleicht zu optimistisch glaubt Wilhelm von Scholz, daß neues Interesse der Gesamtheit sich ihr nun zuwenden werde. Als die vielleicht höchste Aufgabe der Akademie sieht er die Lebendigkeit und Feinerhaltung von Sprache, Form und Stil an. Doch hat die Akademie nur die Pflicht zu schützen, nicht aber das Recht, zu unterdrücken. Besonders soll sie durch ihre Befundungen das Lebenswert eines Dichters vor dem Lieberamtwerden bewahren. Wilhelm von Scholz hofft, daß die Akademie gerade der Werke der Reife sich annimmt, ihnen vor den „Augenblickswerken“ zur Anerkennung verhilft. Vielleicht und hoffentlich waren diese Ausführungen des Redners nicht ganz so streng gemeint, wie sie sich anhörten. Denn könnte nicht gerade eine der vornehmsten Aufgaben der Akademie darin bestehen, das Wertende Nebenall zu überwinden, und wenn es nötig und möglich ist, zu unterdrücken?

Sehr zu wünschen ist, mit Wilhelm von Scholz, daß die Dichtera Akademie Einfluß findet auf Theater und Presse, vor allem aber auf die Bedeutung des gesamten deutschen Schrifttums auch im Ausland. Hierzu bieten sich mancherlei Wege. Die Hauptsache ist aber, daß durch ihre Befestigung eine verhältnismäßige Gemäßheit gegeben ist dafür, daß man die Akademie auch hört. Mit der Versicherung, daß das Nichtbeachtetwerden der Dichterkunst im früheren Staate jetzt doppelte Freude und doppelte Arbeitslust bei den Akademikern

Die Landwirtschaft könne auf die Dauer die ungeheuren Steuerlasten nicht tragen. Die Besitzsteuer dürfe nicht so weit ausgedehnt werden, daß der Besitz selbst angegriffen werde und so seine Aufgaben nicht mehr erfüllen könne. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, in den Bewaltungen der Länder und Gemeinden sich größter Sparsamkeit zu befleißigen. In den bis jetzt abgeschlossenen Handelsverträgen sei die Landwirtschaft gar nicht berücksichtigt worden. Zur Regierungskrise bemerzte der Redner, daß deren Lösung eine klare Mehrheit bringen müsse. Es sei notwendig, daß eine bürgerliche Mehrheit gebildet werde, die klare Forderungen erhebe und sich auf eine Mehrheit des Parlaments stützen könne. Eine Änderung der Verfassung müsse besonders in einer Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten sowie in einem Ausbau des Reichswirtschaftsrats herbeigeführt werden.

Hepp spricht also ganz unverblümt aus, daß die bisherige Wirtschafts- und Handelspolitik des jetzigen Kanzlerkandidaten Curtius rückwärts revidiert werden müsse; er verlangt die Entlastung der Landwirtschaft bei Besitzsteuern und Arbeitslosenversicherung und eine „Reform“ der Verfassung im Sinne der Anhänger einer Diktatur.

Das sind in der Tat die Tendenzen, die sich in allen Rechtskreisen bei der gegenwärtigen Regierungskrise geltend machen und die nur aufs neue zeigen, welche Leistungen von einer Regierung Curtius zu erwarten wären.

Mehr Sowjetgranaten.

Militärische Rüstungen in Rußland. — Vorbereitung der „Auguststimmung“.

Die 15. Moskauer Parteikonferenz der Bolschewiki nahm nach einem Referat Bucharins folgende Resolution an:

Die Parteikonferenz meint, daß in der gegenwärtigen internationalen Lage der Sowjetunion große Gefahren drohen. Das widerspruchsvolle Verhalten der kapitalistischen Länder gegenüber der Sowjetunion (einerseits Drang zu normalen ökonomischen Beziehungen mit der Sowjetunion auf Grund des verschärften Kampfes um die Märkte, andererseits Furcht vor dem sozialistischen Wuchstum und Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion als dem Herd der proletarischen Revolution) verursacht die Labilität und Doppelzüngigkeit der gesamten Politik der imperialistischen Diplomatie. Die Konferenz stellt fest, daß derzeit in der Politik der internationalen Bourgeoisie gegenüber der Sowjetunion die aktiv-feindlichen Tendenzen die Oberhand gewonnen haben. Eine Reihe von Staaten, unter Führung der konterrevolutionären britischen Regierung, offenbart merklich die wachsende Reigung, die friedlichen Verhältnisse zu zerreißern (siehe Polen, Rumänien, Lettland). Die offene und geheime Vorbereitung des Krieges und der Intervention gegen die Sowjetunion, die eifrigen diplomatischen Attacken, die Kriegsrüstungen der Grenzstaaten, die schamlose Verleumdungskampagne der Sozialdemokraten, die ganze Reihe faschistischer Umstürze und Komplotte usw. rufen in den breiten Schichten der proletarischen und Bauernmassen unseres Landes, die alle ihre Kräfte dem friedlichen Staatsaufbau widmen, gerechtfertigte Beunruhigung hervor.

Die Konferenz ruft die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion und das gesamte Weltproletariat auf, jeden feindlichen Schritt des Imperialismus unablässig mit der größten Wachsamkeit zu verfolgen. Die Arbeiterklasse der Sowjetunion wird auch weiterhin eine Politik des Friedens führen, sie läßt aber gleichzeitig keine Minute die Notwendigkeit jeder nur möglichen Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion außer acht. Indem sie die seitens der imperialistischen Länder drohende Kriegsgefahr erkennt, stellt die Konferenz die Aufgabe der Verstärkung der Roten Armee in den Vordergrund und schlägt vor, die Aufmerksamkeit der arbeitenden Massen auf die Frage der Verteidigung der Sowjetunion hinzuwenden und zu konzentrieren.

Es ist die bekannte Methode der Militaristen aller Länder, Gefahren, die nicht bestehen, an die Wand zu malen, um neue

Heeresverstärkungen zu begründen. Die Kapitalisten aller Länder wollen mit Rußland ins Geschäft kommen, aber nicht in den Krieg. Und so wenig freundschaftlich auch die Gefühle der englischen Regierung für Rußland sind, so denkt sie doch gewiß nicht daran, zu allen inneren und äußeren Schwierigkeiten, die sie schon hat, sich noch einen großen Krieg auf den Hals zu laden. Was nun gar die Arbeiter betrifft, so sind sie außerhalb Rußlands zumeist antimilitaristisch und rußlandfreundlich gesinnt. Eine auf den Krieg gegen Rußland hinstrebende Politik würde dabei auch bei der Sozialdemokratie den entschlossensten Widerstand finden.

Der Beschluß der Moskauer verfolgt aber offenbar noch einen anderen Zweck als den, sinnlosen militärischen Gelüsten zu fröhnen. Durch das Befehl über den angeblich drohenden Krieg soll die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse von jenen peinlichen Enthüllungen abgelenkt werden, die die kommunistische Internationale in ihrem Bestand bedrohen, nämlich von der Versorgung der deutschen Reichswehr mit Waffen, die in Rußland fabriziert worden sind. Der Beschluß ist ungeschickt genug, diese Absicht zu verraten, indem er von einem angeblichen „schamlosen Verleumdungsflug der Sozialdemokraten“ spricht. Die Bolschewiki sind gezwungen, das Blaue vom Himmel herunterzulügen, um ihre Anhänger glauben zu lassen, die altenmächtigen Feststellungen über die Versorgung der deutschen Reichswehr mit russischem Material seien nichts als Erfindungen bössartiger Intriganten und Friedensstörer.

Aber die Wahrheit ist auf dem Marsche! Auch eine verstärkte Rote Armee wird sie nicht aufhalten!

Politische Kampfmethoden.

Kommunistenlärm im Hamburger Parlament.

Hamburg, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch kam es in der Hamburger Bürgerhaushaltung zu kommunistischen Tumulten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Da die kommunistischen Abgeordneten Leug und Gundelach trotz mehrfacher Ordnungsrufe die Beschimpfungen der anderen Fraktionen nicht einstellen, wurden sie aus dem Saal verwiesen. Die Kommunisten randalierten, weil die Besprechung einer kommunistischen Anträge wegen der Beugung rechtsradikaler Spengstoffattentäter abgelehnt worden war. Die Attentäter hatten im Jahre 1923 wiederholt versucht, kommunistische Denkmäler in die Luft zu sprengen. Sie wurden im Vorjahre zu Zuchthausstrafen von mehreren Jahren verurteilt.

Der eigenmächtige Oberbürgermeister.

Misstrauensvotum gegen das Leipziger Stadtoberhaupt.

Leipzig, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde von der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung abgegeben, die sich mit der Neuwahlrede des Oberbürgermeisters Dr. Rothe befaßt. Oberbürgermeister Dr. Rothe hatte Ausführungen über die Volksschule gemacht, die in vielen Kreisen und besonders bei den Lehrern größte Beunruhigung und Protest hervorgerufen haben. Seine Ausführungen widersprochen den landesgesetzlichen und örtlichen Bestimmungen. Die Urteile, die er über die Volksschule abgab, beruhten auf keinerlei amtlichem Material und stehen im Gegensatz zu den Feststellungen des staatlichen Schulaufsichtsbeamten. Ein gegen den Oberbürgermeister eingebrachtes Misstrauensvotum wurde mit 40 gegen 27 Stimmen angenommen.

Die estländisch-lettländische Jolkunion. Nach einer Mitteilung des lettländischen Außenministers steht die lettländisch-estländische Jolkunion vor dem Abschluß. Mitte Januar sollen die beiderseitigen Abordnungen in Riga zusammentreten, und man hofft, hierbei das Abkommen endgültig formulieren zu können.

auslösen würde, schloß Wilhelm von Scholz seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Der Sekretär der Akademie, Prof. Dr. Amersdorffer, sprach im Anschluß daran über den „Akademiegedanken“ in der Entwicklung der preussischen Akademie der Künste. Er zeigte, wie die Akademie in ihrem Ursprung eine höfische Angelegenheit sein mußte, weil das Volk damals noch kaum einen Anteil an der Kunst hatte. Nach anfänglichem Glanz verfiel die Akademie unter Friedrich Wilhelm I., der Zuschriften an die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften nicht anders als an „Sämtliche Herren“ adressierte und der Akademie der Künste alle Mittel entzog. Friedrich II., mit seiner Vorliebe für französische Kunst, ließ sie noch weiter verfallen, und erst als das Kunstinteresse im Bürgertum lebendig wurde, konnte Daniel Chodowiecki als Direktor der Akademie daran gehen, sie neu aufzubauen. Der Vortragende verfolgte den Akademiegedanken bis in die Gegenwart und behandelte zuletzt die vielumstrittenen Statuten der Akademie, deren Erneuerung unbedingt nötig sei. Aber sie sollen aus der Arbeit erwachsen, aus der praktischen Erfahrung und nicht aus der Theorie formuliert werden.

In der Diskussion umriss Dr. Hans Martin Eister noch einmal scharf die Aufgaben der Dichtera Akademie in der Gegenwart. Geheimrat Baeholdt vom Kultusministerium stützte im Anschluß daran gleich einige Aufgaben, die der neuen Akademie gestellt sind: Bildung einer Kommission und Formulierung der Statuten der neubestehenden Schiller-Stiftung und Verleihung der staatlichen Ehrensolde.

Ueber die Dichtera Akademie hat auch der Präsident der Akademie der Künste, Max Liebermann, einige interessante Ausführungen in einem Gespräch getan, das Julius Levin in der „Literarischen Welt“ mitteilt. Er wehrte sich zunächst dagegen, daß man ihm die Vaterhaft des Gedankens der Ansiedlung dieser Sektion zuschreibe. Seine Vorgänger in der Präsidentschaft hätten die Ansiedlung wiederholt beantragt. „Selbstverständlich betrieb ich den Gedanken eifrig weiter“, fuhr Liebermann fort, „da ich immer bedauert habe, bei den einzelnen Künsten und ihren Vertretern eine gewisse — wie mir scheint — schädliche Abgeschlossenheit bemerkt zu müssen, die naturgemäß zur Einseitigkeit führt.“ Von der Bekanntheit, die die Vertreter der verschiedenen Künste untereinander eingehen, erwartet Liebermann viel. „Das Verleihen ist nicht nur bei Hunden gut“, sagte er schmunzelnd, „es ist beinahe eine menschliche Kulturforderung. Man lernt dadurch immer so'n bißchen, mit wem man es zu tun hat. Aber es ist bedauerlich, wenn das Verleihen keine Sympathie zur Folge hat. Ich finde, die Sympathie zwischen den Künstern ist eins der schönsten Anregungsmittel für die Erzielung der Kultureinheit. Auf dieser Kultureinheit beruht aber das Beste, und dieses Beste zu fördern, ja sogar, wenn es noch nicht angebahn ist, anzubahnen, ist nicht nur eine der vornehmsten, sondern sogar die eigentliche Aufgabe der Akademie.“ Ein solcher Zusammenschluß sei für den Künstler besonders wichtig. „Es liegt in der Natur des Künstlers, daß er mit der Außenwelt leichter in Konflikt gerät als ein Beamter oder ein Kaufmann, der täglich mit anderen zu tun hat, und daher gewisse Kantien und Härten abschleift. Der Künstler ist ein Eigenbräuter, und gerade dem soll Abhilfe geschaffen werden durch gegenseitige persönliche Bekanntheit unter den Künstern.“

Märchen des Orients. Prof. Dr. G. Kampffmeyer, der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Islamkunde, ist mit feinstem Willen und gutem Erfolge am Werk, Brücken zu schlagen zwischen Morgen- und Abendland. Die Veranstaltungen der genannten Gesellschaft bieten ernsthaft Interessierten immer neue und reiche Anregungen und auch die orientalistischen Märchen, die Frau Else Marquardsen-Kampffmeyer im Seminar für orientalistische Sprachen erzählte, pochten vorzüglich in den Rahmen. Durch alle orientalistischen Märchen, die oft tiefe Weisheiten enthalten, quillt das unterbunte Leben des Orients. Der Morgenländer ist durchaus nicht so passiv eingestellt, wie der Europäer für gewöhnlich glaubt, nein, selbst im Märchen, in der Volkserzählung, findet man die Aufforderung zur Tat. Ferner wird nicht immer der Sieg des Guten verkündet, im Gegenteil, man bleibt im Morgenland, trotz blühender Phantasie, der Wirklichkeit oft hübsch nahe und läßt die Götterwelt triumphieren. In manchen Märchen spielt natürlich der Radschah eine große Rolle, aber er wird so ganz menschlich behandelt, wie das ja auch gar nicht anders sein kann in Erzählungen, die in den durch und durch demokratischen Völkern des Islams ihren Ursprung haben.

Maria, wie hast du dich verändert! Die Telegraphen-Union, die in Vermählungen geübt ist und die Republik, in der wir leben, noch immer gern und häufig für Wilhelm von Doornik Kaiserreich hält, bewährt ihr Talent gelegentlich auch auf unpolitischen Gebieten. Sie verbreitet einen ziemlich ausführlichen Bericht über einen Festabend, den die Montessori-Gesellschaft in den Räumen des Hotels Kaiserhof gab. Wer bisher glaubte, daß Dr. Maria Montessori Begründerin und Verbreiterin der nach ihr genannten Erziehungsmethode sei, wird eines Besseren belehrt. Der gewissenhafte Berichterstatter der Telegraphen-Union spricht von einem „italienischen Pädagogen“, der dem Fest eine besondere Bedeutung verlieh, „dadurch, daß Dr. Montessori daran teilnahm, der augenblicklich hier in Berlin einen Lehrgang zur Ausbildung deutscher Lehrkräfte in der Methode leitet“. Sollte sich Maria Montessori, der neuesten Mode folgend, in einen Mann verwandelt haben?

Die Stadt der schlechtesten Luft. Auf dem Internationalen Kongress für Fortwirtschaft in Rom war eine Kommission eingesetzt worden, um die Schädigung des menschlichen, tierischen und pflanzlichen Lebens durch die von Industrieanlagen, Bergwerken und Hausfeuerungen herbeigeführte Verunreinigung der Luft zu untersuchen und Maßregeln dagegen vorzuschlagen. Wie der Anzeiger dieses Kampfes und Vorsitzende der Kommission, Prof. J. Strogale von der Proger Land- und Fortwirtschaftlichen Hochschule feststellt, hat, besitzig Prag die schlechteste Luft unter allen Großstädten; sie enthält durchschnittlich 0,0006 bis 0,0008 Proz. Schwefeläthyl. Dies Ergebnis Strogales ist durch die neueren Untersuchungen der Kommission bestätigt worden.

Der „Kunst-Verleih“ wird seine zweite Ausstellung von Werken der Plastik und Malerei, von Graphiken und architektonischen Entwürfen am 18. im Reuen Schönberger Rathaus, Rudolf-Wilhelms-Platz, eröffnen. Die Ausstellungshalle ist wochentags von 10 bis 5 Uhr geöffnet, der Eintritt ist frei.

Der Ball des tschechoslowakischen Hissweins findet nicht — wie in der gestrigen Abendnummer angegeben war — am 43., sondern schon 30 Tage früher, nämlich am 15. Januar, im Kaiserhof statt.

Der Berliner Wortschatz.

Im Hörsaal III der Universität sprach Dr. S. Mauermann über das Thema: „Berliner Wortschatz im Wandel der Zeiten.“ Der interessante Vortrag, der mancherlei Parallelen aufzeigte, war weniger eine registrierende Auszählung aus dem Berliner Dialektlexikon, als vor allem der Versuch einer Klarstellung der Herkunft verschiedenster populär gewordener Berliner Schlagwörter, die zum Teil bestimmten politischen Strömungen, zum Teil origineller Umbildung von Fremdwörtern ihre Entstehung verdanken. Im „humanistischen Berlin“, wie Dr. Mauermann definierte, sprach man die deutsche Sprache sehr stark mit lateinischen Brocken vermischt. Bestimmte Schlagwörter tauchen auf, halten sich Jahrzehnte in breiten Schichten und verschwinden, um zeitgemäheren Sprachformulierungen Platz zu machen. Um 1700 war der französische Einfluss auf das Berlinische ganz unmerkbar und hervorstechend. Recht neu sind die lautologischen Bildungen, die 1810—1900 im täglichen Berliner Sprachgebrauch waren, so: „nich in de la main“ (das dem Sinn des heutigen „bei mir Nordpol, nicht heranzukommen“, entsprach. Um 1900 bildete man „Kledasche, bolbieren, Ballon“ (französischer Ursprung), die „Stinkadobes“ bemerkt spanischen Einfluss, „Jurisch und Lumpacivagabundus“ sind auf Wien zurückzuführen. „Dall“ kommt aus dem Slawischen, dem Hebräischen entlehnte der Berliner Worte wie Binte, Milchspole, Schickel (wiltürliche Endung) und anderes. Auch das Rotweiss spielt im Berliner Vargon eine nicht unerhebliche Rolle, so: „Volente“. Als im Jahre 1875 die Soda- und Selterswasserbuden aufstamen, sprach man von „Sobalisten“. Ein Beweis für den Witz und die Wortmalerei des Berliner Dialekts. Recht interessant ist das Charakterisierungsbestreben: schmale Häuser werden „Handtuch“ genannt. In den über Sturmjahren kam „der große Klodderack“ auf, gleichsam eine Ankündigung bedeutungsvoller politischer Ereignisse. Wortmalerei und Streckform sind für den Wortschatz symptomatisch. Der „Kalauser“ war ursprünglich kein schlechter Witz, sondern ein Stiefel aus Kalau. Der Berliner hat gut pointierende Witz: „Marmarameer“ für die Siegesallee, „Hilfenfrüchte“ (am Schillerdenkmal die Früchte, im Hause die Hülsen) aus wilhelminischer Hofintendantenzzeit, „Stotterweise zahlen“ für Abzahlungsgeschäfte, „man gabelt sich so durch“, wenn man einen Offenbarungseid nach dem anderen leistet, und vieles andere.

Tafel ein Grammophon „Konservenmusik“ von sich gibt, daß von einer mündlichen Rede gesagt wird, „die Riege propellert“, daß ein Baby ein „neuzugelegter Vautsprecher“ ist, nur nebenbei. Sehr starken Einfluss auf die Berliner Schlagsprüche hat die rapide technische Entwicklung, worauf Dr. Mauermann zum Schluß hinwies. Früher half man einem Droschkengaul „uff de Beene“, heute „kurble ich mir an“. Die niederdeutsche Herkunft des Berliner Vargon ist unverkennbar.

Mode und Theater.

Im Reichswirtschaftsrat hielt Prof. Dr. Fischl vom Reichsverband der deutschen Modeindustrie einen Lichtbildvortrag zum Thema „Mode und Theater“. Der Gedanke von der Untrennbarkeit dieser beiden Begriffe ist an sich nichts Neues; denn die theatralische Wirkung, der Konnex mit dem Publikum, kurz das Geheimnis des Erfolges liegt so natürlich mitbegründet in der Eindrucksfähigkeit des rein äußerlichen Bühnenbildes. Der Vortragende bot eine reueartige Uebersicht kostümlicher Theaterkunst, ausgehend vom Theater der Antike bis zu seiner stürmischen Entwicklung im 19. Jahrhundert. So ist aus dieser rein handwerklichen Tätigkeit im Lauf der Zeiten ein erster Schritt zum Theater des 19. Jahrhunderts geworden. Das Lichtbildmaterial unterstützte den Vortrag nicht in günstigem Sinne. Es bestand — mit wenigen Ausnahmen — aus einer Fülle wertvoller Photographien einzelner Bühnensterne, die man in den Alben und Ausschüßungen der betreffenden Photographen tagtäglich sehen kann. Mit Rücksicht auf Thema und Publikum — letzteres bestand größtenteils aus Fachpresse und Kunstschulen — wäre eine Bilderfolge qualitativer Art angebracht gewesen.

Eine Unterstützungsschwindlerin.

Eine Unterstützungsschwindlerin treibt wieder ihr Unwesen. Sie macht sich eine Zeitungsnote zunutze, nach der gewisse Unterstützungen um eine Kleinigkeit erhöht werden sollen. Auf der Straße und besonders vor Schaufenstern spricht sie alte Frauen an, zieht sie in ein Gespräch über diese Erhöhung und erbietet sich ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, weil sie mit diesen Dingen auf Bescheid wisse. Das Quittungsbuch, das sie sich erbittet, um den Frauen den richtigen Weg zeigen zu können, haben diese meistens nicht bei sich. So nehmen sie denn die Hilfsbereite in ihre Wohnung mit, um es ihr dort zu zeigen. Die Schwindlerin findet dann leicht eine Gelegenheit, die vertrauensvollen alten Frauen zu bestehlen. So stahl sie gestern einer Greisin in der Sophienstraße in einem unbewachten Augenblick 40 M., die sie in der Bibel aufbewahrte.

Ueber „Wohlfahrt und Wirtschaft“ veranstaltet der Hauptausch für Arbeiterwohlfahrt e. V. im Rahmen des Nachschulungslehrganges für männliche Wohlfahrtspfleger eine öffentliche Vortragsreihe. 1. Vortrag: Freitag, den 14. Januar, „Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege“, Referent: Direktor Dr. Kölling, Berlin. 2. Vortrag: Freitag, den 28. Januar, „Wohlfahrtspflege produktionsfördernd?“, Referent: Dr. Preller, Berlin. 3. Vortrag: Freitag, den 11. Februar, „Reform der Wohlfahrtsverwaltung“, Referent: Dr. Ernst Hamburger, Dresden. 4. Vortrag: Freitag, den 25. Februar, „Ausbildung der Fürsorgekräfte für die rationalisierte Wohlfahrtsverwaltung“, Referent: Ministerialrat Dr. Hans Mäler, Dresden. Die Vorträge finden im Saal des Hauptgesundheitsamtes, Berlin, Fischerstraße 39—42, 1. Stockwerk, jeweils abends um 8 Uhr statt. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pf. pro Vortragsabend erhoben.

Märchenvorstellung im Rose-Theater. War das ein fiesler Nachmittags beim „Tapferen Schneiderlein!“ Erst veräppelt er zum Gaudium der kleinen Zuschauer die gute, alte, liebe Hoderfrau nach Strich und Faden, dann erlegt er mit wahren Heldenmut sieben Riesenbrummer, verleiht sich für diese heroische Tat eigenhändig einen Ehrengürtel und zieht mit diesem, einer Klampe und einer Muskatle zu neuen Siegen in die Welt hinaus. Sein lecher Sinn und froher Mut bringen ihm allerlei lustige Abenteuer, bis er schließlich sogar des Königs Tochterlein samt dem dazu gehörigen Königreich erobert. Der lustige Red-Red hatte sich im Ru auf die kleinen Herzen erobert. Alles freute sich dießlich, wie er die zwei Waldrieken verlobte und die alte garstige Hexe in den Backofen bugsierte. Und als ihm, knapp vor der Hochzeit mit der Königstochter, der böse Rival keine Weite stahl, da eroberte sich im Zuschauerraum ein donnerartiges Beio, und wie das Schneiderlein beim Erwerbenden das Fehlen der Siegestrophäen bemerkte, da verriet ihm einstimmig und begeistert alles den Missetäter. In den Zwischenpausen wurden Kinderlieder gespielt und allerlei kräftig mitgesungen. Die kleine Gesellschaft hatte sich großartig unterhalten.

Notlandung eines deutschen Flugzeuges. Gestern nachmittags um 4¼ Uhr mußte wegen Nebels das große dreimotorige deutsche Ganzmetallflugzeug D 949 zwischen Edenbridge und Lingfield an der Grenze von Kent und Surrey notlanden. Der Flugzeugführer und die beiden Mitreisenden erlitten keine Verletzungen. Auch das Flugzeug blieb unbeschädigt.

Barmat und die Staatsbank.

Der Sachverständige als befangen abgelehnt. — Die Vernehmung des Hauptangeklagten.

Am heutigen zweiten Verhandlungstag des Barmat-Prozesses war der Andrang des Publikums weit geringer als zum Prozeßbeginn.

Die Verhandlung begann mit mehr als einstündiger Verspätung erst nach 11 Uhr, da das Gericht außerordentlich lange über den Ablehnungsantrag der Verteidigung gegen den Sachverständigen Regierungsrat Selckmann beriet.

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende zunächst fest, daß nur die Angeklagten Julius und Henry Barmat, Klönke, Dr. Hellwig und Hahlo zur Stelle waren. Landgerichtsdirektor Neumann verkündete dann den Gerichtsbescheid, daß auf Antrag des Rechtsanwalts Juliusberger die Ablehnung des Regierungsrates Selckmann wegen

Besorgnis der Befangenheit für begründet erachtet

werde. Selckmann soll jedoch über die von ihm festgestellten Tatsachen als Sachverständiger Zeuge gehört werden.

Ueber die Frage der Hinzuziehung weiterer Sachverständiger, die von der Verteidigung verlangt waren, verhandelt das Gericht zurzeit noch mit der Handelskammer, ohne daß bisher ein Beschluß darüber erfolgt ist. Der für heute geladene Sachverständige Oberfinanzrat Soldat von der Staatsbank wurde vorläufig wieder entlassen.

Das Gericht trat dann in die Vernehmung des Angeklagten Julius Barmat ein. R.-A. Hoepffner bat zunächst, daß sich Julius Barmat in Ergänzung seiner bisherigen Darlegungen noch einmal über seine Vermögensverhältnisse äußern dürfe. Er wolle beweisen, daß er nicht als kleiner Mann nach Deutschland gekommen sei, um sich hier zu bereichern, sondern daß er schon in Holland ein ganz großer Kaufmann gewesen und als solcher großes Ansehen genossen habe.

Julius Barmat: Als ich in der vorigen Sitzung meine Vermögensverhältnisse darlegte, und von meinen Belegen sprach, sah ich ein Rächen des Oberstaatsanwalts. Vorj. (Ihn unterbrechend): Ich möchte doch bitten, das Rächen des Oberstaatsanwalts aus dem Spiel zu lassen und daraus nicht zu folgern. Julius Barmat (fortfahrend): Ich werde aber beweisen, daß ich

nicht als armer Schnorrer nach hier gekommen bin.

Vorj. Herr Barmat, ich bitte Sie, ruhig zu bleiben und sich nur sachlich über Ihre Vermögensverhältnisse zu äußern, wie Sie es wünschten. Julius Barmat verlas dann ein Schreiben der Affiliationsbank in Chicago, aus dem hervorgeht, daß Julius Barmat für seinen Schwager ein Kreditiv über zwei Millionen Dollar eröffnet hat. Des weiteren legte er Schreiben der Bankhäuser Speyer und Mendelssohn vor, in denen er als angesehenen Kaufmann geschildert wird. Vorj.: Sie haben in der vorigen Verhandlung Ihr Vermögen im Jahre 1923 auf 3 Millionen Gulden angegeben. Nach diesen Schreiben, die aus dem Jahre 1920 stammen, müssen Sie doch damals mehr besitzen und inzwischen etwas verloren haben. Angekl.: Das stimmt auch, ich habe auch Geld verloren. Vorj.: Wie sind diese Verluste entstanden? Julius Barmat: Wir hatten Maschinen aus Oesterreich importiert, die wir mit Verlusten verkaufen mußten. Vorj.: Es bleibt doch aber eine Differenz von etwa 2 Millionen Mark, dann müssen Sie doch so viel verloren haben? Julius Barmat: Ich habe viel verloren, zahlenmäßig kann ich das aber nicht angeben. Barmat verlas dann ein weiteres Schreiben einer Amsterdamer Bank an das Bankgeschäft Speyer, aus dem hervorgeht, daß Barmat seine Geschäfte, die den größten Umsatz hätten, aus eigenen Mitteln finanziert habe. Barmat gab weiter an, daß er im Jahre 1920 Filialen in Deutschland und Oesterreich gehabt und außerdem große Holzlieferungen nach Belgien ausgeführt habe, da inzwischen die schwarze Liste keine Bedeutung mehr gehabt habe. Auf Befragen des Vorsitzenden gab er sein

Vermögen im Jahre 1920 auf ungefähr 9 Millionen

an, ohne sich dabei zahlenmäßig festlegen zu wollen. Der Vorsitzende verlangte dann von ihm, daß er im Laufe der weiteren Verhandlung die Belege für seine Behauptungen zu erbringen habe. Es entstand dann eine längere Erörterung über die Frage, wieviel Geld Barmat bebesen habe, als er mit der Staatsbank am 12. Mai 1923 in

Verbindung getreten sei. Barmat vermochte hierauf keine präzise Antwort zu geben, sondern betonte nur, daß er 300 000 bis 500 000 Gulden zum Ankauf der Demag aus Holland genommen habe. Ferner verlas er ein Schreiben der Inlassohant, in dem sie auf Anfrage bestätigt, daß Julius Barmat bei ihr keine Kredite nachgeschickt habe, während die Anklage behauptet, daß er Kredite zum Ankauf der Demag in Anspruch genommen habe. Weiter legte der Angeklagte eine notariell beglaubigte Bilanz der Amerigo-Amsterdam vor, die im Jahre 1923 mit zirka 4 Millionen Mark abschloß. Dazu sei dann noch die Amerigo-Hamburg mit einem Vermögen von 50 000 bis 60 000 Goldmark und die Amerigo-Berlin mit ihren Werten (Chromo, Eisenbarg und Spardart usw.) gekommen.

Vorj.: Hatten Sie irgendwelche Schulden. Barmat: Nein, weder die Amerigo-Amsterdam noch die Amerigo-Berlin hatte Schulden, oder jedenfalls keine nennenswerten. Vorj.: Können Sie uns nun

Belege über Ihr nachweisbares Vermögen im Frühjahr 1923

und über Ihre Verluste beibringen? Barmat: Jawohl, ich habe ja schon gesagt, daß ich auch nicht aus Gradewohl nach Deutschland gekommen bin. Ran hat mich telegraphisch nach Rotterdam gerufen. Ich habe das Telegramm hier. In Holland hat mich die Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft wiederholt um Rat gefragt, als es sich 1918 bei den Friedensverhandlungen mit Somtrichland darum handelte, die Stimmung in Holland festzustellen. (Vorliest einen entsprechenden Brief des damaligen deutschen Gesandten in Haag, Freiherrn v. Rathhahn, vom 4. April 1918. Ich bin auch nicht nach Deutschland gekommen, um hier erst mein Glück zu suchen, man hat mich darum gebeten. Professor Brinkmann von der Deutschen Botschaft, der auch an den Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk teilgenommen hatte, hat mir damals wiederholt geschrieben und hat mich auch gebeten, russische Zeitungsartikel zu übersehen und in Holland unterzubringen. Er hat mir dann noch 1919 mitgeteilt, ich brauchte keine Bedenken haben, nach Deutschland zu reisen, um so mehr, als ich genügend Empfehlungen hätte. Vorj.: Wir können wohl unterstellen, daß Ihnen auf Wunsch verschiedener, auch amtlicher Stellen nahegelegt worden ist, nach Deutschland zu kommen. Deshalb brauchen wir diese Erörterungen nicht. Barmat (erregt): Ich muß das aber sagen, denn ich

will nicht, daß die Sache Barmat weiter zu politischen Zwecken auf meinem Rücken ausgefodert wird.

Vorj.: Das interessiert uns nicht. — Barmat: Ich habe hier weiter die Belege über Angebote der Kruppischen Wohnungsverwaltung und des österreichischen Bundesministeriums auf Lebensmittellieferungen. Ich will damit beweisen, daß ich in Holland eine sehr angenehme Firma war. Vorj.: Es ist ja auch nicht behauptet worden, daß Sie damals nicht angesehen waren. Barmat (immer noch erregt): Das steht aber in der Anklage. Vorj.: Uns interessiert das aber nicht. Barmat: 1920, als infolge des Transportarbeiterstreiks in Holland viele Millionen Lebensmittel für Deutschland in Holland lagerten, da habe ich 100 000 Gulden zur Verfügung gestellt, damit sie nach Deutschland weiterbefördert werden konnten, obgleich gar keine Lebensmittel von mir dabei waren. (In neuer Erregung.) Damals haben auch die Herrschaften, die heute auf mich schimpfen, wie die „Rote Fahne“ und die Rechte, mich gebeten, doch für den Abtransport zu sorgen. Ich habe auch dem Reichswirtschaftsministerium 1919 Kredite für die deutsche Rohstoffindustrie in Höhe von 10 Millionen Gulden beschafft. Hier ist auch die Grenzbescheinigung, daß ich bei meiner Einreise nach Deutschland 30 000 Dollar, 10 000 Pfund und 30 000 Gulden mitgebracht habe. (Ueberreicht die Belege dem Gericht.) Vorj.: Herr Barmat, ich habe Sie ausreden lassen. Sie müssen aber jetzt alles Ueberflüssige ausscheiden, wir werden hier ganz nüchtern nur an Hand der Tatsachen verhandeln, sonst wird dieser Prozeß endlos. Barmat: Ich hätte diese Belege schon früher überreicht, aber man hat mich ja nicht danach gefragt.

Die Staatsanwaltschaft hat ja die Anklagefrist fertiggestellt, ohne mich ein einziges Mal zu fragen.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung äußert sich Barmat über den Ankauf der Altendurger Spardank und der Papierfabrik Chromo und andere Industrieunternehmen. Die Verhandlung geht weiter.

Eine Klettertour am Kriminalgericht.

Stellunglose Artisten machen sich Arbeit.

Einen sonderbaren Weg in den Gerichtssaal hatte heute früh ein Angeklagter gewählt. Er wollte nämlich nicht durch die Eingangstür vor Gericht erscheinen, sondern suchte an der Fassade des neuen Kriminalgerichts bis zum 3. Stockwerk hochzuklettern und durch das Fenster einzusteigen. Das Schauspiel, für das der Falladenkletterer sich gleich zwei Photographen mitgebracht hatte, lockte natürlich im Ru eine hundertköpfige Menschenmenge an. Der Kletterkünstler hatte aber das Pech, sich im Gebäude zu irren, denn sein Termin stand im alten Kriminalgebäude in Alt-Neubau. Doppeltes Pech hatte er insofern, als er in den Sitzungssaal 571 der Großen Strafkammer des Landgerichts III geriet, in dem heute keine Sitzung stattfand, so daß die Tür verschlossen war. Er mußte infolgedessen wieder den Weg zur Fassade herunter wählen und wurde, unten angelangt, von den Aufwachmannstern in Empfang genommen und der Polizei übergeben. Ein Schutzbeamter führte ihn dann dem Amtsgericht Witte vor. Dieser Kletterkünstler war der Jockey Herbert Richaelis, der sich zusammen mit dem Schauspieler Adolf Rast, der sich Klettermarke nennt, dort wegen großen Unfalls zu verantworten hatte.

Den Anlaß zu dieser Anklage boten wieder zwei Kletter-

tauren, die diese beiden Angeklagten an anderer Stelle verübt hatten. Das eine Mal waren sie an der Fassade des Hauses Behrenstraße 50, Ecke Friedrichstraße, bis zur Dachstuhl hochgeklettert und machten mit der mechanischen Leiter heruntergeholt werden, in dem anderen Falle waren sie an dem Gebäude des Mercedespalastes, Unter den Linden, hochgeklettert. Beide Male hatten die Klettertouristen Aufstöße von Tausenden von Menschen verursacht, so daß der Verkehr völlig gedemmt worden war. Sie hatten auch damals Photographen zur Aufnahme ihrer Kletterleistungen bestellt. In der Verhandlung ergab sich, daß beide Angeklagte schon vorbestraft sind. Der Verteidiger machte zur Entschuldiguna der Angeklagten geltend, daß sie als Stellunglose Artisten nur die Doffentlichkeit auf ihre turnerischen Fähigkeiten hüben aufmerksam machen wollten, um auf diesem Wege eine Anstellung bei einer großen Filmgesellschaft zu erlangen. Das Amtsgericht betrachtete auch den Fall von diesem Gesichtspunkt aus und erkannte nur auf 2 Wochen Haft für jeden der beiden Angeklagten. Richaelis wird nun noch eine neue Anklage wegen seines heutigen Gastspiels zu gewärtigen haben. Außerdem schwebt gegen beide Angeklagte noch ein weiteres Strafverfahren wegen großen Unfalls, weil sie auch an der Fassade des Warenhauses Tieg in der Leipziger Straße bis zu der Kugel auf dem Dach hochgeklettert sind und dabei wiederum einen verkehrshemmenden Aufstaus verursacht hatten.

Ueberall Grippe.

Die Grippeepidemie greift in der ganzen Welt um sich. Nach den vorliegenden Meldungen nimmt die Zahl der Erkrankungen und auch die der Todesfälle täglich zu.

Der Statist des englischen Wohlfahrtsministeriums zufolge sind in der vergangenen Woche in England genau doppelt so viele Menschen an der Grippe gestorben wie in der Woche vorher. Die Sterblichkeitsziffern deuten darauf hin, daß die Krankheit sich weit ausbreitet. Während der am 8. Januar zu Ende gegangenen Woche sind in London und in den großen Städten von England und Wales 172 Menschen an der Grippe gestorben, davon 72 in London allein und 25 im Umkreis von London. In der Woche vorher betrug die Sterblichkeitsziffer 84, davon nur 17 in London. Von der Grippe werden im Gegenlag zu der von 1918 hauptsächlich ältere und sehr junge Leute betroffen, während Personen im Alter von 25—45 Jahren verhältnismäßig verschont zu werden scheinen.

Die Zahl der Grippeerkrankungen in Prag beträgt etwa 5000. Hier sind jedoch Todesfälle bisher noch nicht gemeldet worden.

Aus Tokio wird gemeldet, daß in den letzten 10 Tagen nicht

weniger als 600 Personen, vor allem Kinder, an der Grippe gestorben sind.

Aus Deutschland wird aus vielen Orten ein bedrohliches Anwachsen der gefährlichen Krankheit gemeldet. In Schwabingen beträgt der Krankheitszustand bis 25 Proz. Bei der Allgäuerischen Ortskrankenkasse waren am 1. Januar 476 und am 8. Januar 671 Krankenmitglieber arbeitsunfähig gemeldet. Unter den am 8. Januar gezählten Kranken sind mehr als 100 Grippefälle. In Zell in Baden hat die Grippe einen derartigen Umfang angenommen, daß die Schulen vorläufig auf die Dauer einer Woche geschlossen werden mußten. In den Schulen beträgt die Krankenziffer 30 Proz. In den Betrieben fehlen bis zu 15 Proz. der Belegschaft.

Sydney in Australien. Nach Meldungen aus Sidney herrscht augenblicklich in verschiedenen Teilen Australiens starke Hitze. In Südastralien sind viele Todesfälle zu verzeichnen, so in einem Weidewirtschaftsbetriebe in Adelaide allein sieben. Als Folge der Hitze werden zahlreiche Brände in verschiedenen Landesteilen berichtet. Einzelne Bezirke leiden empfindlich unter Wassermangel.

Betriebsratswahl bei der Straßenbahn.

Am Sonabend haben die Berliner Straßenbahner wie zu Anfang eines jeden Jahres ihre Betriebsvertretung neu zu wählen. Bei der organisatorischen Zersplitterung der Straßenbahner stehen auch diesmal wieder Kandidaten drei verschiedener Richtungen zur Wahl: Freigewerkschaftliche, christliche und Werksgemeinschaftler (Gelbe). Der Hart der Gelben, genannt Reichsverband Deutscher Klein- und Straßenbahner, hat sich noch nie anders wichtig zu machen versucht als durch eine ganz üble und verlogene Hege gegen die freien Gewerkschaften und die freigewerkschaftlichen Betriebsräte. Daß sich diese Frontkämpferangewandtschaft der bevorstehenden Betriebsratswahlen zu einem wahren Lügen- und Verleumdungsfeldzug entwickeln würde, war vorauszusehen. Das Organ dieser Bauhütten, „Der Deutsche Straßenbahner“, das nebenbei bemerkt auf jeden leidlichen Kenner deutschen Stils wie ein Brechmittel wirkt, ist besonders in seiner Neujahrsnummer angefüllt mit Lügen, die sich geradezu überfüllen. Auf diese Lügen und persönlichen Anrempelungen hier auch nur mit einem Wort einzugehen, würde bedeuten, jemandem Ehre zu erweisen, der sie nicht verdient. Jeder denkende Straßenbahner weiß selbst, was er von diesen Leuten zu halten hat. Ihre Tätigkeit bestand doch bisher in weiter nichts anderem als im Maulaufreißen, von praktischer und erfolgreicher Tätigkeit im Interesse der gesamten Straßenbahner wissen sie jedoch nichts zu berichten.

Mit ihren 370 Mitgliedern sind sie ja auch zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Sie haben nur insofern Bedeutung, als sie immer wieder die Brandfackel des Bruderkrieges in die Reihen der Straßenbahner werfen und es somit den großen freien Gewerkschaften erschweren, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner im rascheren Tempo zu verbessern. Dies ist der einzige zweifelhafte Erfolg, den diese Wertgemeinschaftler für sich buchen können, andere, im Interesse der Gesamtbelegschaft liegende Erfolge können sie nicht aufweisen. Jede Lohnerhöhung, jede Verbesserung der Fahrpläne und was sonst noch erreicht wurde, sind nur Ergebnisse der freien Gewerkschaften und der freigewerkschaftlichen Betriebsräte. Wenn nicht immer volle Erfolge erzielt werden konnten, so lag es eben daran, daß infolge der Dreibläsereien dieser gelben „Führer“ die organisatorischen Voraussetzungen für die Erzielung durchschlagender Erfolge fehlten.

Bei der Berliner Straßenbahn ist noch vieles verbesserungsbedürftig, sei es in der Entlohnung, der Regelung des Dienstverhältnisses, der Arbeitszeit oder sonstwo. Solange aber nicht die gesamte Straßenbahnbetriebsgesellschaft von der Liebäugel mit den gelben Aposteln abtrübt, werden die freien Gewerkschaften und ihre Betriebsräte die bestehenden Mängel nie abstellen können. Unbegreiflich erscheint nur, und das muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, die Stellung der Betriebsleitung der Straßenbahn zu den Gelben. Unter den Straßenbahner geben Gerüchte um und werden in Bahnhofsversammlungen lebhaft diskutiert, daß die Betriebsleitung mit Vertretern des Reichsverbandes während der letzten Lohnbewegung über Lohnerhöhungen und Weihnachtshilfen verhandelt hat, obwohl der Reichsverband nicht Tarifkontrahent ist. Die „Reichsverbandler“ brüsten sich damit, die Betriebsleitung bestreitet es. Hat die Betriebsleitung den Gelben 300 M. gegeben für die Anschaffung eines Vereinsbanners?

Wir möchten nicht annehmen, daß ein so inniger Zusammenhang zwischen der Betriebsleitung und den Verbündeten besteht, sondern derartige Gerüchte nur auf der Renommisterei dieser Leute beruhen. Die Straßenbahner werden gut daran tun, wie bei der letzten Lohnbewegung, den freien Gewerkschaften zu folgen. Sie werden ihre Stimmen nicht den Gelben geben, und auch der Wahl nicht fernbleiben, sondern am Sonnabend geschlossen zur Wahlurne gehen und die Kandidaten der freigewerkschaftlichen Liste wählen!

Forderungen der Kraftdroschkenfahrer.

Die in den Großbetrieben des Berliner Kraftdroschkenwesens beschäftigten Fahrer hatten am Dienstag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung, die sich mit der Forderung auf Schaffung eines Rantel- und Lohnstarifes auch für die in diesen Betrieben beschäftigten befachte. Nachdem ein französischer Droschkenhändler die Größe der Pariser Bruderorganisation übermittelte und in kurzen Worten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Pariser Kraftdroschkenführer geschildert hatte, begründete Genosse Hehl vom Verkehrsband die Notwendigkeit eines Garantielohnes. Was den Fahrern der Kleinbetriebe möglich gewesen ist, muß auch von den in den Großbetrieben Beschäftigten erreicht werden. Da die Großbetriebe weit leistungsfähiger sind als die Kleinbetriebe, können sie auch besser zahlen.

Die Versammlung beauftragte die Organisation, den Großbetrieben eine Forderung einzureichen, in der vier Markt Garantielohnen zuzüglich 20 Proz. der Bruttoeinnahme verlangt werden, sowie der Abschluß eines Rantelstarifes wie in den Innungsbetrieben.

Gegen Ueberstunden der Lehrlinge.

Die Beschwerden über die Ausbeutung der Lehrlinge nehmen von Tag zu Tag zu; sie bilden bereits eine ständige Rubrik in der Gewerkschaftspresse. In der letzten Zeit haben nun auch die Beschwerden aus Elternkreisen über die Vermehrung der Ueberstundenarbeit der männlichen und weiblichen Lehrlinge in den kleinen und Mittelbetrieben des Handwerks, unter der theoretischen Ausbildung, Gesundheitszustand und Gesamtleistungsfähigkeit der jugendlichen Arbeitskräfte leiden, einen auffallenden Umfang angenommen. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe teilt nun auf eine Anfrage sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter mit, daß die ihm nachgeordneten Behörden wiederholt, zuletzt durch Rundschreiben vom 11. Dezember 1926, angewiesen wurden, für genaue Durchführung der Arbeitszeitvorschriften und Vermeidung überhöhter Ueberarbeit in allen gewerblichen Betrieben, also auch in den kleinen und Mittelbetrieben des Handwerks, Sorge zu tragen.

„Ausschluß aus dem Völkerverband.“

Bezeichnend für die Berichterstattung der „Roten Fahne“ ist ihre Darstellung des Ausschlusses eines Mitgliedes aus dem Völkerverband. „Wegen Teilnahme am Werttätigkeitskongress“, heißt es in der Unterzeile der Ueberschrift. Dabei konnte der Betreffende, Hermann Martens, schon deshalb nicht aus diesem Grunde ausgeschlossen werden, weil er zu feige war, die von ihm selbst in einer Versammlung vorgeschlagene und mit allen Mitteln der Demagogie vertretene Kandidatur, gleich seinen anderen Freunden, anzunehmen und dafür sorgte, daß ein „Unpolitischer“ gewählt wurde.

Der Ausschluß des M. erfolgte in erster Linie wegen fortgesetzt gewerkschaftschädigender Tätigkeit durch Fraktionsbildung, zumal nach dem Statut des Verbandes M. als Arbeitgeber gar nicht mehr Mitglied sein kann. Außerdem aber, weil M. als Arbeitgeber seine Produkte in einer Weise und zu Preisen an den Mann zu bringen suchte, zu denen sich die anderen Arbeitgeber nur unter Kürzung der Löhne in Stande erklärten und diese infolge der schlechten Wirtschaftslage auch durchführten, seine Kollegen schädigte.

Die Lohnkürzung, zu der er seinen Verbandskollegen verhalf, beträgt wöchentlich bis zu 11 Mark. Daß unter solchen Umständen der Hauptvorstand dem Treiben in Berlin nicht länger zusehen konnte, wird jedem einleuchten, für den die Gewerkschaften noch etwas anders sind als ein Tummelplatz kommunistischer Sprengstoffkammern. Wenn die „Rote Fahne“ glaubt, der Hauptvorstand lasse sich durch Drohungen, man werde die Rückgängigmachung erzwingen, von seinen Befehl wieder abbringen, so täuscht sie sich, denn nur zu lange hat er dem Treiben einer kleinen Zahl von Moskauteniern zugegesehen.

Vorstandssitzung des IGB.

Amsterdam, 12. Januar. (I.G.B.) Die heutige Sitzung des Generalrates des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde zum großen Teil mit der Verlesung des Jahresberichtes über die Tätigkeit des Vorstandes ausgefüllt. Im Anschluß daran erfolgte eine ausgedehnte Debatte über das Verhältnis des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum Genfer Internationalen Arbeitsamt, sowie über die kürzlich erfolgte Reise einiger europäischer Gewerkschaftsvertreter nach Mexiko. Bestimmte Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung war bei den obigen Besprechungen außer durch die beiden Vorstandsmitglieder Leipart und Sassenbach noch durch Großmann vertreten. (Der letzte Satz ist insofern falsch, als der Genosse Sassenbach nicht Vorstandmitglied, sondern Sekretär des I.G.B. ist. Leipart ist Vizevorsitzender des I.G.B. und Großmann der Vertreter des I.G.B. im Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes.)

Aus der Moskautendebatte in England.

Schwache Entschuldigung der russischen Schimpfapostel.

Der scharfe Ton, den dieser Tage der Generalsekretär der britischen Gewerkschaften Walter Citrine in einer Abwehr der Moskauter Beschimpfungen und Verdächtigungen gegenüber Herrn Solowitsch ansetzte, hat auf dem linken Flügel des britischen Gewerkschaftslagers verblüfft. Man war überrascht, weil man eine solche Sprache gegenüber Moskau aus dem Munde des Nachfolgers von Bramley nicht erwartete.

Anscheinend zur Beruhigung der Gemüter erklärt jetzt der Präsident der britischen Gewerkschaftsbewegung George Hicks in einem Interview mit dem „Daily Herald“, die Gefühle Citrines seien angefaßt der auf eine schlechte Orientierung zurückzuführenden Kritik und der hysterie Solowitschs leicht verständlich. Er zweifelt jedoch, daß aus solchen Meinungsäußerungen etwas Gutes erwachsen könne. Er persönlich habe sich daran gewöhnt und darüber beruhigt, tagelange Verräter genannt zu werden. Die „Bitterkeit“ in der russischen Polemik (gegen die „reformistischen“ Klassenfeinde) stamme aus den bitteren Erfahrungen der Gefangnisse und Exile, durch die die russischen Führer hindurchgegangen seien. Trotz der spizen Geschosse der Russen dürfe aber nichts getan werden, was das richtige Funktionieren der anglo-russischen Gewerkschaftskommission verhindern könnte.

Hicks steht auf dem äußersten linken Flügel der britischen Gewerkschaftsbewegung und ist aktives Mitglied der sogenannten „Widerheitsbewegung“. Seine Meinungsäußerung kann daher nicht als die Auffassung der gesamten britischen Bewegung, sondern lediglich als Privatmeinung beurteilt werden, die allerdings von einer großen, aber im Abnehmen begriffenen Anzahl organisierter britischer Arbeiter geteilt wird.

In Deutschland wird man sich der Art, wie Hicks das ewige russische Verrätergeschrei psychologisch erklärt, kaum anschließen können. In der Beschimpfung der Gewerkschaftsführer durch Moskau liegt Methode: sie kann nicht psychologisch, sondern nur politisch erklärt werden. (Im vorliegenden Falle ist eine Entschuldigung für Moskau höchstens darin zu sehen, daß Solowitsch außerordentlich stark abgebrüht ist. D. Red.) Auch die britische Arbeiterklasse wird um die entscheidende Beantwortung der Frage: Moskau oder Amsterdam, die in Deutschland bereits im Sinne der demokratisch-sozialistischen Methode entschieden worden ist, nicht herumkommen. Mit Geduld gegen Moskau ist diese Entscheidung nicht zu vermeiden.

Gewährte Vergarbeiter in England.

London, 13. Januar. (E.P.) Die Gewerkschaftsleitung der Vergarbeiter trat gestern in London zu einer Sitzung zusammen, um über eine große Zahl von Klagen zu beraten, wonach die Grubenbesitzer eine Reihe von Vergarbeitern mit Strafnamen belegt hätten und sie nicht wieder zur Arbeit einstellen wollten. Die Lage sei besonders in Kent und Westcoast sehr ernst.

Deutscher Bergarbeiter-Verband, Bezirk X. Ausschüsseinnehmer-Versammlung der Metallindustrie morgen, Freitagabend 7 Uhr, im Kaiserhof Hotel, Potsdamer Straße 11-12. Interessenten können an dieser Versammlung sich ebenfalls beteiligen. Die Geschäftsstelle, P. Roth.

Sport.

Die erste Nacht am Kaiserdamm.

Petri-Junge, Behrendt-Gottfried und Krollmann-Stupinski überrundet!

Das Sechstagesfeld hat die erste Nacht hinter sich. Mit Ueberstärkung! Die oben genannten Fahrer mußten im Verlauf heftiger Jagden je eine Ueberstärkung hinnehmen. Petri-Junge und Behrendt-Gottfried holten sich ihre erste Verlustrunde bei der 2-Uhr-Nachtwertung, während Krollmann-Stupinski bei der 4-Uhr-Nachtwertung vom Schicksal ereilt werden. . . .

Die erste Wertung.

Die Waffern gibt um 1/12 Uhr den Schuß zur ersten Wertung ab:

1. Spurt: 1. Degraeve, 2. Bauer, 3. Koch, 4. Junge. 2. Spurt: 1. Gooijens, 2. Marcillac, 3. Frankenstein, 4. Petri. 3. Spurt: 1. Degraeve, 2. Koch, 3. Bauer, 4. Behrendt. 4. Spurt: 1. Van Kempen, 2. Krollmann, 3. Petri, 4. Frankenstein. 5. Spurt: 1. Degraeve, 2. Huerigen, 3. Koch, 4. Behrendt. 6. Spurt: 1. Marcillac, 2. Tieg, 3. Kausch, 4. Seifert. 7. Spurt: 1. Degraeve, 2. Stupinski, 3. Behndt, 4. Junge. 8. Spurt: 1. Van Kempen, 2. Frankenstein, 3. Tieg, 4. Krollmann. 9. Spurt: 1. Degraeve, 2. Huerigen, 3. Rantien, 4. Stodeland. 10. Spurt: 1. Van Kempen, 2. Frankenstein, 3. Tieg, 4. Seifert.

Degraeve konnte im Verlauf dieser Wertung die meisten Punkte auf sich vereinigen und somit die Führung des Feldes übernehmen. Bei späteren Jagden gibt es die ersten Verwarnungen: Petri-Junge und Behrendt-Gottfried erhalten sie wegen schlechter Ablösung!

Die 2-Uhr-Nachtwertung

die 6 Spurts vorzieht, brachte folgende Ergebnisse:

1. Spurt: 1. Degraeve, 2. Tonani, 3. Junge, 4. Gooijens. 2. Spurt: 1. Stodeland, 2. Petri, 3. Koch, 4. Lacquehan. 3. Spurt: 1. Van Kempen, 2. Tonani, 3. Stupinski, 4. Gooijens. 4. Spurt: 1. Stodeland, 2. Marcillac, 3. Thollembed, 4. Bauer. 5. Spurt: 1. Rac Ramara, 2. Krollmann, 3. Petri, 4. Mühlbach. 6. Spurt: 1. Koch, 2. Krollmann, 3. Frankenstein, 4. Tonani.

Kurz nach dem vierten Spurt entstellten Petri-Junge eine Jagd, die von Rac Ramara-Tieg fortgesetzt wurde und größere Dimensionen annahm. Ungefähr 15 Minuten lang gewährte die Jagd, bei der mehrere Mannschaften den Anschluss verloren und stark in Räten gingen. Kurz nach der Beendigung veränderte die Rennleitung, daß die Baare Petri-Junge und Behrendt-Gottfried je eine Runde verloren hätten. Nach dieser Wertung führte noch immer die Mannschaft Degraeve-Thollembed das Feld mit 32 Punkten vor van Kempen-Bauer, die 26 Punkte hatten.

Die vier Spurts der 4-Uhr-Nachtwertung brachten der Mannschaft von Kempen-Bauer die meisten Punkte und so die Führung des Feldes vor Degraeve-Thollembed. Einer nur kurzen Jagd im Anschluß an den dritten Spurt fiel die Mannschaft Krollmann-Stupinski mit einer Verlustrunde zum Opfer. Nach dieser Wertung ergab sich folgender

Der Stand des Rennens nach der 4-Uhr-Wertung.

Van Kempen-Bauer, 39 Punkte; Degraeve-Thollembed, 38 P.; Gooijens-Stodeland, 23 P.; Koch-Rielens, 16 P.; Rantien-Marcillac, Buschhagen-Frankenstein, je 14 P.; Rac Ramara-Tieg, 12 P.; Kausch-Hürtgen, 10 P.; Tonani-Vorens, 8 P.; Seifert-Mühlbach, 3 P.; Wambst-Lacquehan, 2 P. Eine Runde zurück: Petri-Junge, 19 P.; Krollmann-Stupinski, 18 P.; Behrendt-Gottfried, 4 P.

Später gibt das Renngericht noch bekannt: Van Kempen-Bauer und Gooijens-Stodeland erhalten wegen schlechter Ablösung eine Verwarnung! Bei Beginn der Reutralisation (die um 1 Uhr früh eintritt und bis 1 Uhr nachmittags währt, am ersten Tage ausnahmsweise schon um 6 Uhr begann) hat das Feld 308,600 Kilometer zurückgelegt.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eilers; Neuigkeiten: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fr. Karst; Anzeigen: Fr. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Formis-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formis-Verlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SB 68, Lindenstraße 2.

Gewinn-Zusatz

4. Klasse 28. Preussisch-Sächsische (254. Preuss.) Klassenlotterie
2. Ziehungstag 12. Januar, nachmittags

Auf jede gewogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Zule dieser Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

4 Gewinn zu je 3000 M.	107458	175746
2 Gewinn zu je 2000 M.	119460	
6 Gewinn zu je 1000 M.	45423	172991 320705
12 Gewinn zu je 500 M.	78768	24864 91698 106285 253492 271785
24 Gewinn zu je 250 M.	23371	110693 160631 175424 202625
217963	229054	269829 283491 315301 315751 318415
112 Gewinn zu je 400 M.	1096	3184 8046 12806 16761 19928
20649	29186	39785 39701 46053 49792 70002 72032 73910 87705
90444	98954	103757 104261 112337 117465 120435 127067
128603	141450	143754 143819 145076 146075 152629 158944
167282	176171	191904 208854 211953 216626 218220 226643
235525	235706	244415 246127 253533 270070 271623 278543
291832	297690	314354 323370 324000 326272 335039 341819
242 Gewinn zu je 300 M.	1124	3918 6896 13792 16504 18870
26097	26797	31008 31295 33825 40469 43204 45491 46100 47777
48637	49509	54283 55193 60009 65567 69948 70453 71528 73888
72920	75065	77674 86765 87505 88277 90348 92928 95558 97905
98010	105459	106609 109900 115851 115851 122550 122733 123203
124136	126138	132264 132668 135054 137153 147242 147300
147482	148828	149595 149727 149844 157075 160967 172058
173126	180273	181000 183304 185725 188177 201970 203980
209210	209571	210092 214869 217059 218468 222353 223968
232332	235142	238057 235061 239067 240641 253039 257090
282063	282144	282856 283062 270053 276883 278845 279789
283350	282136	282398 288640 286906 287763 288454 289002
304637	306180	306705 310739 311055 313915 317619 319664
319848	322271	324488 325306 327093 330584 331174 334892
335605	338266	339854 347001 347337

26. Sitzung der 5. Klasse findet vom 9. Februar bis 11. März 1927 statt.

Allgemeine Stadtkrankenkasse für den Stadtbezirk Cöpenick.
Hiermit laden wir die Mitglieder des Ausschusses zu der am Freitag, den 21. Januar d. J., abends 7 Uhr, im „Ratskeller“, Cöpenick, Schlegelstraße, stattfindenden außerordentlichen Ausschusssitzung ein.
Tagesordnung:
1. Gesamtversammlung
2. Geschäftliches.
Die Versammlung erhalten nach beendeter Einladungen.
Berlin-Cöpenick, den 12. Januar 1927.
Der Vorsitzende,
Otto Riedel, Geschäftsführer
Öffentliche Vortragsergebnisse
Wohlfahrt und Wirtschaft
I. Vortrag:
„Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege“
Referent: Direktor Dr. Nötting, Berlin.
Freitag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Saal des Hauptgesundheitsamtes Berlin, Fischerstraße 39-42 I.
Hauptausschuß Arbeiterwohlfahrt e. V.
Näheres im redaktionellen Teil der heutigen Ausgabe.

Ratten und Mäuse
werden total ausgerottet, wenn Sie unser anerkanntes und toxischer wirkendes Nagertötungsmittel „ROTSALZ“ verwenden. Viele Anerkennungen, Nachbestellungen und Weiterempfehlungen größter Firmen und Behörden beweisen verblüffende Wirkung.
So schreibt u. a. die Vereinigte Seidenweberei 1.-6. Kreis:
„Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, daß die bisherigen Versuche in zwei unserer Fabriken günstig ausgefallen sind und nachhaltige Wirkung gezeigt haben. Wir bitten um zu senden:
Rotsalz gegen Ratten und Mäuse
Grünsalz gegen schädli. Insekten
sind absolut sicher wirkende Tötungsmittel, unbegrenzt haltbar, von den Schädlingen gern genommen.
Rot- und Grünsalz kostet:
1/2-Pfd.-Päckchen 2,10 M., 1 Pfd. 3,60 M., 2 Pfd. 6,60 M., 6 Pfd. 18,60 M., 10 Pfd. 30,60 M.
Ausführliche Prospekte kostenlos. — Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung auf Postcheckkonto Berlin 24633, bei Voreinsendung portofreie Lieferung.
Chemisch-technische Gesellschaft
von Malottki & Co.
Berlin NW 40, Reichstagsufer 1

STAATL. FACHINGEN
Natürliches Mineralwasser
Zu Haustrinkkuren
bei Gicht, Rheumatismus, Zucker-, Nieren-, Maralleiden usw.
Erschließt in Mineralwasserheilungen, Apollon und Drogenen sowie in Berlin bei der Ferya-Quelle der Staatl. Fachingen und Niederlande, Berlin SW 11, Schönbecker Str. 11a.
Brennenschriften durch das Fachingen Zentral-Büro, Berlin W. 66, Wilhelmstr. 35b.

Möbel ohne Anzahlung
Liefert altrenommiertes Möbelhaus
komplette Zimmer, sowie Einzelmöbel, Küchen in allen Farben, Ankleideschränke, Kleiderschränke, Sofas, Bücherschränke, Bettstellen in Holz und Metall, Teppiche und vieles andere
bei denkbar bequemsten
Ratenzahlungen!
Beste Qualitäten! billigste Preise!
Gefl. Anfragen unter B. 29 an die Hauptexped. des Vorwärts, Berlin SW. 68
Photoapparate, Feldstecher
kaufen sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98